Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8102**
14. Wahlperiode 29. 01. 2002

Antrag

der Abgeordneten Dr. Maria Böhmer, Margot von Renesse, Andrea Fischer (Berlin), Horst Seehofer, Hildegard Wester, Werner Lensing, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Thomas Rachel, Jörg Tauss, Gerd Andres, Ingrid Arndt-Brauer, Rainer Arnold, Ernst Bahr, Doris Barnett, Dr. Hans-Peter Bartels, Ingrid Becker-Inglau, Wolfgang Behrendt, Matthias Berninger, Grietje Bettin, Friedhelm Julius Beucher, Petra Bierwirth, Rudolf Bindig, Antje Blumenthal, Klaus Brandner, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Rainer Brinkmann (Detmold), Hans-Günter Bruckmann, Ursula Burchardt, Hans Martin Bury, Marion Caspers-Merk, Dr. Peter Danckert, Peter Dreßen, Dr. Thea Dückert, Detlef Dzembritzki, Dr. Peter Eckardt, Franziska Eichstädt-Bohlig, Dr. Uschi Eid, Peter Enders, Gernot Erler, Petra Ernstberger, Annette Faße, Hans-Josef Fell, Lothar Fischer (Homburg), Ulf Fink, Norbert Formanski, Rainer Fornahl, Herbert Frankenhauser, Dagmar Freitag, Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Lilo Friedrich (Mettmann), Anke Fuchs (Köln), Monika Ganseforth, Iris Gleicke, Michael Glos, Günter Gloser, Uwe Göllner, Renate Gradistanac, Günter Graf (Friesoythe), Angelika Graf (Rosenheim), Dieter Grasedieck, Kerstin Griese, Rita Grießhaber, Achim Großmann, Karl-Hermann Haack (Extertal), Hans-Joachim Hacker, Klaus Hagemann, Manfred Hampel, Alfred Hartenbach, Anke Hartnagel, Klaus Hasenfratz, Gerda Hasselfeldt, Nina Hauer, Norbert Hauser (Bonn), Helmut Heiderich, Hubertus Heil, Siegfried Helias, Rolf Hempelmann, Dr. Barbara Hendricks, Reinhold Hiller (Lübeck), Stephan Hilsberg, Frank Hofmann (Volkach), Jelena Hoffmann (Chemnitz), Iris Hoffmann (Wismar), Ingrid Holzhüter, Eike Hovermann, Christel Humme, Ilse Janz, Dr. Harald Kahl, Johannes Kahrs, Bartholomäus Kalb, Sabine Kaspereit, Susanne Kastner, Hans-Peter Kemper, Marianne Klappert, Siegrun Klemmer, Walter Kolbow, Anette Kramme, Nicolette Kressl, Volker Kröning, Angelika Krüger-Leißner, Dr. Uwe Küster, Ute Kumpf, Christian Lange (Backnang), Christine Lehder, Klaus Lennartz, Eckhart Lewering, Dr. Helmut Lippelt, Gabriele Lösekrug-Möller, Dr. Reinhard Loske, Dieter Maaß (Herne), Erich Maaß (Wilhelmshaven), Tobias Marhold, Lothar Mark, Erwin Marschewski (Recklinghausen), Christoph Matschie, Dr. Angela Merkel, Ulrike Merten, Angelika Mertens, Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Ursula Mogg, Siegmar Mosdorf, Jutta Müller (Völklingen), Cem Özdemir, Adolf Ostertag, Kurt Palis, Georg Pfannenstein, Johannes Pflug, Joachim Poß, Dr. Peter Ramsauer, Karin Rehbock-Zureich, Dr. Carola Reimann, Dr. Heinz Riesenhuber, Reinhold Robbe, Birgit Roth (Speyer), Volker Rühe, Marlene Rupprecht, Dr. Hansjörg Schäfer, Gudrun Schaich-Walch, Bernd Scheelen, Siegfried Scheffler, Horst Schild, Dieter Schloten, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Carsten Schneider, Karsten Schönfeld, Gisela Schröter, Dr. Erika Schuchardt, Richard Schuhmann (Delitzsch), Werner Schulz (Leipzig), Volkmar Schultz (Köln), Dr. Angelica Schwall-Düren, Bodo Seidenthal, Wieland

Sorge, Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast, Bärbel Sothmann, Dr. Margit Spielmann, Dr. Ditmar Staffelt, Antje-Marie Steen, Ludwig Stiegler, Rolf Stöckel, Andreas Storm, Max Straubinger, Rita Streb-Hesse, Thomas Strobl (Heilbronn), Dr. Peter Struck, Jella Teuchner, Franz Thönnes, Uta Titze-Stecher, Hans-Eberhard Urbaniak, Simone Violka, Ute Vogt (Pforzheim), Matthias Weisheit, Wolfgang Weiermann, Gunter Weißgerber, Dr. Rainer Wend, Lydia Westrich, Dr. Norbert Wieczorek, Jürgen Wieczorek (Böhlen), Dieter Wiefelspütz, Heinz Wiese (Ehingen), Heino Wiese (Hannover), Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Dagmar Wöhrl, Verena Wohlleben, Aribert Wolf, Margareta Wolf (Frankfurt), Heidemarie Wright

Keine verbrauchende Embryonenforschung: Import humaner embryonaler Stammzellen grundsätzlich verbieten und nur unter engen Voraussetzungen zulassen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die biomedizinische Forschung ist dabei, auf breiter Front unser Wissen über den Menschen zu erweitern. Fortschritte in der Genomforschung, in den Neurowissenschaften, in der Entwicklungs- und Zellbiologie bringen neues Wissen, das unser Verständnis der Entstehung und des Verlaufs von Krankheiten vertieft. Dieses Wissen führt zugleich zu neuen Anfragen an unser Verständnis von verantwortlichem Umgang mit neuen diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten und an den Umgang mit ungeborenem Leben.

Wie in kaum einem anderen Bereich der Forschung bestehen im Zusammenhang mit der Stammzellenforschung derzeit in der Öffentlichkeit Erwartungen und Hoffnungen bei der Behandlung bisher unheilbarer Krankheiten. Tatsächlich steht die Stammzellenforschung – ungeachtet einer Reihe wissenschaftlicher Erfolge – noch am Anfang. Sie ist aber schon jetzt darauf gerichtet, neue Optionen für die Behandlung schwerer, heute noch unheilbarer Krankheiten zu erschließen. Um das Potenzial der verschiedenen Arten von Stammzellen im Vergleich umfassend auszuloten, wird von deutschen Wissenschaftlern angestrebt, auch mit menschlichen embryonalen Stammzellen zu arbeiten. Sie wollen dazu embryonale Stammzellen aus dem Ausland importieren, wo ihre Gewinnung – im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland – derzeit nicht verboten ist. Dabei berufen sie sich auf die durch Artikel 5 des Grundgesetzes garantierte Forschungsfreiheit sowie auf die geltende Rechtslage.

Die rasanten Entwicklungen im Bereich der Stammzellenforschung stellen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Sie konfrontieren uns mit Fragen, die grundlegende Wertorientierungen unserer Gesellschaft betreffen. Verantwortbare Lösungen können nur in der Orientierung an der Werteordnung unserer Verfassung gefunden werden, die sich auf ein christliches, humanistisches Menschenbild stützt. Dies verpflichtet uns in besonderer Weise auf den Einsatz für die Würde des Menschen und für den Schutz menschlichen Lebens. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist es eine große Verpflichtung, die durch die medizinische Forschung eröffneten Perspektiven von Hilfe und Heilung auch dann zu nutzen, wenn es sich bisher nur um eine Option handelt.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt die Zielsetzung des Embryonenschutzgesetzes: Embryonen dürfen nur zum Zweck der Fortpflanzung erzeugt werden. Sie sind zukünftige Kinder zukünftiger Eltern. An dieser Rechtslage ist festzuhalten. Eine Tötung von Embryonen zu Forschungszwecken muss verboten bleiben.

Menschliche embryonale Stammzellen sind jedoch keine Embryonen, weil sie sich nicht zu einem vollständigen menschlichen Organismus entwickeln können. Ein unmittelbarer Grundrechtsschutz kann für sie nicht in Anspruch genommen werden. Deshalb stehen dem Grundrecht der Freiheit der Wissenschaft und Forschung, dessen Schranken sich nur aus der Verfassung selbst ergeben können, bei der Forschung an humanen embryonalen Stammzellen keine unmittelbar kollidierenden Grundrechte eines Embryos entgegen.

Gleichwohl ist der Import von humanen embryonalen Stammzellen rechtlich und ethisch problematisch, da ihre Gewinnung nach derzeitigem Stand von Wissenschaft und Technik die Tötung von Embryonen voraussetzt. Die Wahrung der Werteordnung des Grundgesetzes ist uns von der Verfassung aufgegeben. Sie würde gefährdet, wenn durch die Zulassung des Imports eine Ausweitung der Nachfrage nach neuen Stammzelllinien hervorgerufen würde mit der Folge der Tötung weiterer Embryonen. Deshalb muss sichergestellt werden, dass der Import von humanen embryonalen Stammzellen nach Deutschland keine Tötung weiterer Embryonen zur Stammzellgewinnung veranlasst. Zugleich muss klargestellt werden, dass die Zulassung des Imports von bestehenden humanen embryonalen Stammzellen keine rückwirkende Billigung der Tötung von Embryonen zu Forschungszwecken bedeutet.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Förderung der Stammzellenforschung mit klarem Vorrang für die Forschung an menschlichen adulten Stammzellen, solchen aus Nabelschnurblut sowie tierischer Herkunft zu verstärken. Darüber hinaus soll die Bundesregierung darauf hinwirken, dass auch auf europäischer Ebene bei den Forschungsprojekten eine Beschränkung auf bestehende Stammzelllinien vorgenommen wird. Sie wird aufgefordert, entsprechende Regeln für die Stammzellenforschung aus Mitteln der Europäischen Union durchzusetzen.

Der Deutsche Bundestag wird umgehend ein Gesetz verabschieden, das dem Verbrauch weiterer Embryonen zur Gewinnung humaner embryonaler Stammzellen entgegenwirkt. Der Import humaner embryonaler Stammzellen ist für öffentlich wie privat finanzierte Vorhaben grundsätzlich verboten und nur ausnahmsweise für Forschungsvorhaben unter folgenden Voraussetzungen zulässig:

1. Alternativen (Forschung am Tiermodell, Verwendung anderer Arten von menschlichen Stammzellen) sind nach dem anerkannten Stand von Wissenschaft und Forschung für die angestrebte Zielsetzung des geplanten Forschungsvorhabens nicht in vergleichbarer Weise erfolgversprechend.
2. Der Import humaner embryonaler Stammzellen wird auf bestehende Stammzelllinien, die zu einem bestimmten Stichtag – spätestens zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über diesen Antrag – etabliert wurden, beschränkt. Durch die Stichtagsregelung wird sichergestellt, dass zum Zwecke des Imports humaner embryonaler Stammzellen nach Deutschland eine Tötung weiterer Embryonen zur Stammzellgewinnung vermieden wird. Damit wird der Intention des Embryonenschutzgesetzes Rechnung getragen, nach dem die Tötung von Embryonen zu Forschungszwecken ausgeschlossen ist.
3. Das Einverständnis der Eltern zur Gewinnung von Stammzellen aus einem Embryo muss vorliegen. Dabei darf es sich nur um einen solchen Embryo handeln, der zur Herbeiführung einer Schwangerschaft gezeugt, aber aus Gründen, die nicht an ihm selbst liegen, nicht mehr implantiert wurde. Das

Einverständnis der Eltern muss unter Ausschluss finanzieller Zuwendungen erklärt worden sein.

4. Die Hochrangigkeit des Forschungsvorhabens für den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn im Rahmen der Grundlagenforschung oder für die Erweiterung medizinischer Kenntnisse bei der Entwicklung diagnostischer oder therapeutischer Verfahren muss nachgewiesen werden.
5. Die ethische Vertretbarkeit wird durch eine hochrangige und interdisziplinär besetzte Zentrale Ethikkommission geprüft.
6. Die Erfüllung der genannten Voraussetzungen stellt eine transparent arbeitende, gesetzlich legitimierte Kontrollbehörde sicher, deren Genehmigung Bedingung für deren Import ist.

Berlin, den 29. Januar 2002

Dr. Maria Böhmer
Margot von Renesse
Andrea Fischer (Berlin)
Horst Seehofer
Hildegard Wester
Werner Lensing
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Thomas Rachel
Jörg Tauss
Gerd Andres
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Ernst Bahr
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Ingrid Becker-Inglau
Wolfgang Behrendt
Matthias Berninger
Grietje Bettin
Friedhelm Julius Beucher
Petra Bierwirth
Rudolf Bindig
Antje Blumenthal
Klaus Brandner
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Rainer Brinkmann (Detmold)
Hans-Günter Bruckmann
Ursula Burchardt
Hans Martin Bury
Marion Caspers-Merk
Dr. Peter Danckert
Peter Dreßen
Dr. Thea Dückert
Detlef Dzembritzki
Dr. Peter Eckardt
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Peter Enders
Gernot Erler
Petra Ernstberger
Annette Faße
Hans-Josef Fell
Lothar Fischer (Homburg)
Ulf Fink
Norbert Formanski
Rainer Fornahl
Herbert Frankenhauser
Dagmar Freitag
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Lilo Friedrich (Mettmann)
Anke Fuchs (Köln)
Monika Ganseforth
Iris Gleicke
Michael Glos
Günter Gloser
Uwe Göllner
Renate Gradistanac
Günter Graf (Friesoythe)
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Kerstin Griese
Rita Grießhaber
Achim Großmann
Karl-Hermann Haack (Extertal)
Hans-Joachim Hacker
Klaus Hagemann
Manfred Hampel
Alfred Hartenbach
Anke Hartnagel
Klaus Hasenfratz
Gerda Hasselfeldt
Nina Hauer
Norbert Hauser (Bonn)
Helmut Heiderich
Hubertus Heil
Siegfried Helias
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Reinhold Hiller (Lübeck)
Stephan Hilsberg
Frank Hofmann (Volkach)

Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Iris Hoffmann (Wismar)
Ingrid Holzhüter
Eike Hovermann
Christel Humme
Ilse Janz
Dr. Harald Kahl
Johannes Kahrs
Bartholomäus Kalb
Sabine Kaspereit
Susanne Kastner
Hans-Peter Kemper
Marianne Klappert
Siegrun Klemmer
Walter Kolbow
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Angelika Krüger-Leißner
Dr. Uwe Küster
Ute Kumpf
Christian Lange (Backnang)
Christine Lehder
Klaus Lennartz
Eckhart Lewering
Dr. Helmut Lippelt
Gabriele Lösekrug-Möller
Dr. Reinhard Loske
Dieter Maaß (Herne)
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Tobias Marhold
Lothar Mark
Erwin Marschewski (Recklinghausen)
Christoph Matschie
Dr. Angela Merkel
Ulrike Merten
Angelika Mertens
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Ursula Mogg
Siegmar Mosdorf
Jutta Müller (Völklingen)
Cem Özdemir
Adolf Ostertag
Kurt Palis
Georg Pfannenstein
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Peter Ramsauer
Karin Rehbock-Zureich
Dr. Carola Reimann
Dr. Heinz Riesenhuber
Reinhold Robbe
Birgit Roth (Speyer)
Volker Rühe
Marlene Rupprecht
Dr. Hansjörg Schäfer
Gudrun Schaich-Walch
Bernd Scheelen
Siegfried Scheffler
Horst Schild
Dieter Schloten
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Carsten Schneider
Karsten Schönfeld
Gisela Schröter
Dr. Erika Schuchardt
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Werner Schulz (Leipzig)
Volkmar Schultz (Köln)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Bodo Seidenthal
Wieland Sorge
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Bärbel Sothmann
Dr. Margit Spielmann
Dr. Ditmar Staffelt
Antje-Marie Steen
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Andreas Storm
Max Straubinger
Rita Streb-Hesse
Thomas Strobl (Heilbronn)
Dr. Peter Struck
Jella Teuchner
Franz Thönnes
Uta Titze-Stecher
Hans-Eberhard Urbaniak
Simone Violka
Ute Vogt (Pforzheim)
Matthias Weisheit
Wolfgang Weiermann
Gunter Weißgerber
Dr. Rainer Wend
Lydia Westrich
Dr. Norbert Wieczorek
Jürgen Wieczorek (Böhlen)
Dieter Wiefelspütz
Heinz Wiese (Ehingen)
Heino Wiese (Hannover)
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Dagmar Wöhrl
Verena Wohlleben
Aribert Wolf
Margareta Wolf (Frankfurt)
Heidemarie Wright



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333